

WEHRPFLICHT WIRD AUSGESETZT: FAMILIENMINISTERIN SCHLÄGT FREIWILLIGEN ZIVILDIENTST VOR

Meist läuft es auch ohne Zivis

Bundeswehr: Bald klein aber fein

VON MICHAEL FISCHER

Mit der Wehrpflicht hat auch der Zivildienst vorübergehend ausgedient. Nicht nur die Bundeswehr steht vor der wohl tiefgreifendsten Zäsur ihrer Geschichte, auch das Fundament des Wehrersatzdienstes bröckelt. Eine Perspektive, die einigen Verantwortlichen sozialer Einrichtungen in Bremen Sorgenfalten auf die Stirn treibt, andere aber gelassen zur Kenntnis nehmen. Den Weg ins Aus beschritt der Zivildienst langsam: In den vergangenen 50 Jahren änderte sich dessen Dauer häufig: von anfangs 15 Monate auf heute sechs, Ende der 80er-Jahre betrug er sogar 20 Monate.

VON JANINA HEYN

Noch gibt es sie. Knapp 50 000 Zivildienstleistende zählte das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) am 1. August dieses Jahres. 400 von ihnen sind derzeit in Bremen beschäftigt. Spitzenreiter unter den Ländern ist Nordrhein-Westfalen mit 11 954, gefolgt von Bayern mit 6181 und Baden-Württemberg mit 6175 Zivildienstleistenden. Sie arbeiten in Kranken- und Pflegeeinrichtungen, in der Kinder- und Jugendbetreuung und in vielen weiteren Bereichen. Noch. Denn künftig müssen sich die sozialen Einrichtungen ohne die Kriegsdienstverweigerer organisieren. So will es zumindest Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der gestern seine Reformpläne zur Wehrpflicht den Experten der Koalitionsfraktion vorstellte. Resultat: Die Wehrpflicht soll ausgesetzt werden, aber im Grundgesetz verankert bleiben. Es sollen keine jungen Leute mehr gegen ihren Willen eingezogen werden.

Zivis für Zusätzliches

Beim Vorstand der Bremer Heimstiftung rufen die Guttenbergschen Pläne lediglich ein Schulterzucken hervor. Der Trend hätte sich längst abgezeichnet, sagt der kaufmännische Leiter, André Vater. Man habe sich rechtzeitig gewappnet. „Wir haben derzeit nur noch sechs Zivildienstleistende beschäftigt. Alle Leistungen von Zivis sind zusätzliche Leistungen“, betont Vater. Das Angebot der Bremer Heimstiftung werde sich „in gar keiner Weise“ verschlechtern, so Vater.

Beim Deutschen Roten Kreuz in Bremen hingegen wird derzeit schon evaluiert, wie die 48 Zivis ersetzt werden können. Dies sei durch 400-Euro-Kräfte oder Neueinsteiger aufzufangen, was sicherlich teuer werde, heißt es von seiten der Einrichtung.

Wiederum recht gelassen bewertet Anke Teebken, Sprecherin bei „Der Paritätische“ in Bremen, den künftigen Wegfall der Arbeitskräfte. Derzeit seien bei den 200 Mitgliedsorganisationen zwar rund 100 Zivis tätig, diese seien aber ebenfalls nur mit ergänzenden Dienstleistungen besetzt. „Das kann beispielsweise der zusätzliche Spaziergang im Altenheim sein, der dann wegfällt“, so Teebken. Der soziale Dienst werde ohne Kriegsdienstverweigerer sicherlich nicht zusammenbrechen, betont sie. Mit der derzeitigen Zivildienstdauer von sechs Monaten sei ohnehin eine Stufe erreicht, die nicht mehr der Rede wert sei, da viele Zivis für bestimmte Aufgaben gar nicht mehr infrage kämen, meint die Sprecherin. Hoffnung setzt Teebken nun in die Bundesregierung. Diese solle die Konditionen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) verbessern. Davon könnten innerhalb der Mitgliedsorganisationen ruhig mehr Plätze angeboten werden, sagt Teebken.

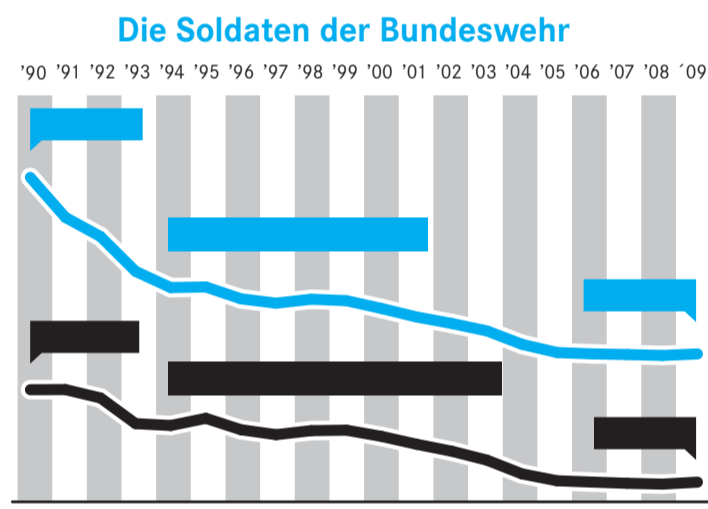
Leidet auch das Freiwillige Jahr?

Seit Juni 2002 ist es anerkannt Verweigerern möglich, ihren Dienst in Form eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder eines Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) abzulegen. Dass das FSJ oder FÖJ im Zuge einer Aussetzung der Wehrpflicht künftig an Bedeutung gewinnen wird, vermutet

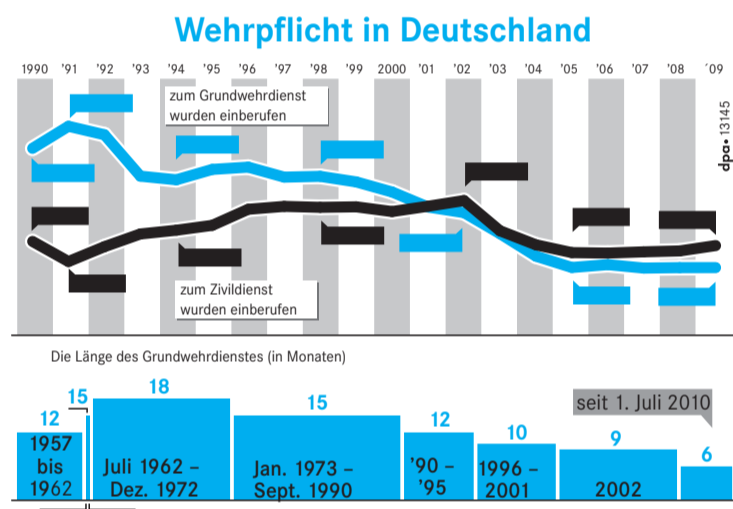


Künftig müssen sich die sozialen Einrichtungen ohne Zivildienstleistende organisieren.

FOTO: EPD



Quelle: Bundeswehr, Verteidigungsministerium, Bundesamt für den Zivildienst
*Grundwehrdienst und freiwillig verlängerter Wehrdienst
1990 - 1998: Angaben für Dezember, 1999 - 2009: Jahresdurchschnitte



Die Länge des Grundwehrdienstes (in Monaten)
Seit Oktober 2004 dauern Zivil- und Grundwehrdienst gleich lang. Zuvor war der Zivildienst jeweils länger.

der Soziale Friedensdienst Bremen (SFD). Die Einrichtung ist derzeit mit der Beratung und Vermittlung von rund 480 Freiwilligen in Bremen besetzt. Künftig könnten sich vermehrt junge Männer an den Dienst wenden, um sich mit dem Freiwilligenjahr etwas Luft vor ihrer Ausbildung oder ihrem Studium zu verschaffen, heißt es beim SFD.

Unterdessen sprach sich SPD-Chef Sigmar Gabriel für eine deutliche Aufwertung des Zivildienstes aus. Ohnedies wolle die Partei an der Wehrpflicht festhalten, heißt es aus dem SPD-Präsidium. Für eine Stärkung des Zivildienstes plädiert auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD). Er kritisiert ebenfalls die Bundeswehr-Reformpläne von zu Guttenberg.

Die Auswirkungen für den Zivildienst will die Bundesregierung im Blick behalten. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (SPD) kündigt einen bundesweiten freiwilligen Zivildienst mit staatlicher Förderung an. Als Voraussetzung dafür nennt sie „eine klare Bundeszuständigkeit, eine ausreichende Finanzausstattung und die Öffnung des freiwilligen Zivildienstes

für Männer und Frauen“. Insgesamt rund 35 000 Menschen könnten dafür pro Jahr gewonnen werden, sagt Schröder.

Wie der bisherige Zivildienst könne der freiwillige Dienst in sozialen Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände, Kommunen und anderer Träger absolviert werden. Der Dienst solle in der Regel ein Jahr dauern, mindestens aber sechs Monate – in Ausnahmefällen sogar 24 Monate. Dafür erhalten die Freiwilligen 500 Euro im Monat. Auch ältere Menschen sollten einbezogen werden, plant die Familienministerin. „Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass wir das, was wir heute haben, komplett ersetzen können.“ Die Zivildienstleistenden leisteten einen wertvollen Beitrag zur sozialen Infrastruktur in Deutschland, sagt Schröder. Allerdings gelte das Primat der Verteidigungspolitik: „Sie können mit dem Zivildienst nicht die Wehrpflicht begründen“, so die Ministerin.

Ein akzeptierter freiwilliger Zivildienst wäre „ein großer Schritt, der die soziale Infrastruktur enorm bereichern würde“, so Schröder weiter. Er könne zudem den vielen Engagierten „die Chance des Einstiegs in ein geregeltes Berufsleben im sozialen

Sektor“ eröffnen. Der jugendpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Kai Gehring, kritisiert das Schröder-Konzept dagegen als zu kurz gegriffen. Stattdessen solle im Sozial- und Pflegebereich ein neuer Personalmix mit mehr regulär Beschäftigten entstehen, fordert Gehring.

Rückgang seit 1999

Seitdem im April 1961 die ersten Zivildienstleistenden in Dienst traten, waren mehr als zweieinhalb Millionen Männer als Zivis tätig. Anfangs dauerte der Dienst 15 Monate, Ende der 80er Jahre sogar 20 Monate. Im Juli dieses Jahres wurde er von neun auf sechs Monate verkürzt. Freiwillig können Zivis ihn um bis zu sechs Monate verlängern. Die Zahl der jeweils gleichzeitig im Zivildienst tätigen jungen Menschen stieg laut BAZ bis Ende der 90er Jahre kontinuierlich an. 1999 waren es im Schnitt der einzelnen Monate 138 364. Seither gingen diese Zahlen allerdings mit Schwankungen wieder zurück. So gab es 2000 im Schnitt 119 455 Zivis, in diesem Jahr waren es bislang im Schnitt der einzelnen Monate 61 172. Somit ist ungefähr wieder der Stand von Mitte der 80er Jahre erreicht.

Ein Auslaufmodell

Nur noch fünf NATO-Staaten halten an der Wehrpflicht fest

Berlin (wk). In der NATO ist die Wehrpflicht ein Auslaufmodell. Nur in 5 von 28 Mitgliedsstaaten werden noch junge Leute zum Dienst an der Waffe eingezogen. Neben Deutschland sind das Griechenland, die Türkei, Estland und Norwegen.

USA: Die Vereinigten Staaten haben seit 1973 eine Berufsarmee. Hintergrund für die Abschaffung der Wehrpflicht war die Unbeliebtheit des Vietnamkriegs. Ende 2009 gab es etwa 1 400 000 aktive Soldaten und rund 850 000 Reservisten. Die hohe Opferzahl beim Irak-Einsatz hat vorübergehend dazu geführt, dass bei einzelnen Teilstreitkräften die jährlichen Rekrutierungsziele nicht erreicht wurden. Problematisch ist, dass viele junge Leute zur Truppe wollen, die wegen mangelnder Bildung oder wegen eines schwierigen sozialen Umfelds woanders nicht unterkommen. Experten meinen, dass sich dies bisweilen in einer „Verrohung“ niederschlägt, wie sie sich auch im Folterskandal um Abu Ghreib im Irak widerspiegelt habe.

Frankreich: Ungerecht, zu teuer und nicht vereinbar mit den neuen strategischen Herausforderungen – mit dieser Begründung

hat Frankreich bereits vor mehr als einem Jahrzehnt das Ende der Wehrpflicht eingeleitet. 1997 beschloss das Parlament die unbefristete Aussetzung des Militärdienstes. Seit 2002 gibt es keine Wehrdienstleistenden mehr. Der Übergang zur Berufsarmee gestaltete sich relativ problemlos. Bewerber für den Dienst mit der Waffe gab und gibt es genügend. Allerdings ist die Armee seit Mitte der 90er Jahre von 500 000 auf knapp 315 000 Soldaten und zivile Mitarbeiter verkleinert worden.

Großbritannien: Großbritannien hat bereits 1963 nach einem halben Jahrhundert die Wehrpflicht abgeschafft und war damit Vorreiter bei der Professionalisierung der Streitkräfte in Europa. Der heutigen Berufsarmee gehören 178 000 Soldaten an – eine Größe, auf die auch die Bundeswehr im Zuge der geplanten Reform ungefähr schrumpfen könnte. Wegen des allgemeinen Ausbildungsplatzmangels im Zuge der Finanzkrise zieht es wieder mehr junge Leute zum Militär, obwohl Großbritannien der zweitgrößte Truppensteller in Afghanistan ist und dort große Verluste zu verzeichnen hat.

Die Wehrpflicht taugt nicht zum Sparen

Von den Anfängen bis zur rechtlichen Grundlage – Fragen und Antworten zur Bundeswehrreform

Berlin (wk). Die Wehrpflicht hat in Deutschland eine rund 200-jährige Geschichte, allerdings mit einigen Unterbrechungen. Im Zuge der Bundeswehrreform wird sie nun möglicherweise ausgesetzt.

Wie entstand die Wehrpflicht in Deutschland?

Die Wehrpflicht in Deutschland hat ihren Ursprung in den Freiheitskriegen gegen Napoleon zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie dem unterlegenen Deutschen Reich im Versailler Vertrag von den Siegermächten verboten. 1935 wurden diese Vertragsregelungen von den Nationalsozialisten mit der Wiedereinführung gebrochen. Die Wehrpflicht wurde von den Nazis zum Truppenaufbau für den Zweiten Weltkrieg genutzt. Nach 1945 dauerte es zwölf Jahre bis zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die DDR zog 1962 nach dem Mauerbau nach.

Soll die Wehrpflicht jetzt abgeschafft werden?

Rechtlich gesehen wird die Wehrpflicht

nicht abgeschafft. Sie bleibt im Grundgesetz verankert. In Artikel 12a der Verfassung wird es auch weiterhin heißen: „Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.“ Entscheidend dabei ist das Wort „können“. Es ermöglicht dem Gesetzgeber ein Aussetzen der Wehrpflicht mit einfacher Mehrheit im Bundestag. Ersetzt werden könnte sie durch einen Freiwilligendienst, der in erster Linie zur Rekrutierung von Nachwuchs dienen würde.

Kann der Pflichtdienst wieder eingeführt werden, wenn er einmal ausgesetzt ist?

Wenn sich die Sicherheitslage entsprechend verändert, könnte die Wehrpflicht per einfachem Gesetz wieder eingeführt werden. Der Aufwand wäre aber immens, und politisch wäre ein solcher Schritt nur sehr schwer vermittelbar. Kein Land, das die Wehrpflicht in den vergangenen Jahrzehnten ausgesetzt hat, hat sie wieder eingeführt.

Kann man über eine Abschaffung der Wehrpflicht sparen?

Die Bundeswehrreform soll den Staatshaushalt laut Kabinettsbeschluss bis 2014 um 8,3 Milliarden Euro entlasten. Mit der Abschaffung der Wehrpflicht lässt sich nach Einschätzung von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) aber nicht sparen. Zwar hat sein Haus berechnet, dass die Wehrpflichtigen und die freiwillig Längerdienenden pro Jahr etwa eine Milliarde Euro kosten. Allerdings fielen bei der Umwandlung in eine Berufsarmee auch erhebliche Kosten für die Rekrutierung von Nachwuchs an.

Wie ist die Haltung der Parteien zur Wehrpflicht?

Grüne und Linke sind Wehrpflichtgegner, die SPD ist für einen Freiwilligendienst, die FDP will die Wehrpflicht aussetzen. Entscheidend wird sein, wie die Auseinandersetzung in der Union verläuft. Vielen CDU- und CSU-Politikern gilt die Wehrpflicht immer noch als „heilige Kuh“. Die Entscheidung wird voraussichtlich auf den Parteitag im Oktober und November fallen.

Eine Video-Umfrage aus Bremen finden Sie unter www.weser-kurier.de/bremen